

8. September 2009

Pressemitteilung von Martina Bunge

## **Unsozial hoch drei**

„Unsozial hoch drei.“ So bewertet Martina Bunge das Nein aus den Regierungsfractionen, umgehend Regelungen zu treffen, um das Schonvermögen für Hartz-IV-Bezieherinnen und Bezieher zu erhöhen und Einkommen aus Ferienjobs nicht mehr auf das Arbeitsgeld II anzurechnen. Weiter erklärt die Abgeordnete zu der heutigen Abstimmung über einen entsprechenden Antrag der Fraktion DIE LINKE im Parlament:

„Alle Parteien im Bundestag geben in ihren Wahlprogrammen vor, das Vermögen für die Altersvorsorge bei Hartz IV besser schützen zu wollen. Heute hatten sie Gelegenheit, ihren Worten schon jetzt Taten folgen zu lassen, denn eine solche Erhöhung duldet keinen Aufschub: Die Finanz- und Wirtschaftskrise wird im Herbst den Arbeitsmarkt voll erreichen. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit landet ein erheblicher Teil der künftigen Erwerbslosen unmittelbar in Hartz IV, weil sie keine oder zu geringe Ansprüche auf Arbeitslosengeld I haben. Leistungsberechtigt sind die Betroffenen aber erst, wenn sie eventuelle Ersparnisse weitgehend aufgebraucht haben. Eine schnelle Erhöhung des Schonvermögens könnte verhindern, dass durch die Krise Vermögen für beispielsweise die Altersvorsorge unwiederbringlich vernichtet werden. Diese Chance wurde heute vergeben.

Ebenfalls nicht durchgekommen ist unsere Forderung, Einkommen aus Ferienjobs heranwachsender Schulkinder nicht mehr auf das Arbeitslosengeld II der Eltern anzurechnen. Deshalb wird es bei der Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften bleiben. Statt die Initiative junger Leute zu honorieren, wird ihnen weiterhin bedeutet, dass sich Leistung für sie nicht lohnt.

Die Grünen stimmten unserem Antrag zu, die FDP enthielt sich der Stimme.

Die so genannten Volksparteien SPD sowie CDU/CSU zeigten mit ihrem Nein, was ihre Wahlprogramme wert sind.“